



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 18. Mai 2017

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Christa Gabriel (CDU)
Anwesende Stadtverordnete:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Es fehlten:	siehe Anlage 3
Beginn (öffentlicher Teil): 16:05 Uhr	Ende: 23:55 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der Drucksachenlisten 14/17, 15/17 + NÖ, 16/17 + NÖ und 17/17 + NÖ

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Entschuldigt waren:

Stv. Coigné

Stv. Dr. Schmitz

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

Tagesordnung I

0155 Tagesordnung

Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

1. Anträge/Neufassungen/Änderungsanträge

<u>von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen</u>	zu Punkt 4 der TO I	Kinderbetreuung in Wiesbaden
<u>von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen</u>	zu Punkt 5 der TO I	Bündelung Reinigungspflichten
<u>von L&P</u>	zu Punkt 5 der TO I	Bündelung Reinigungspflichten
<u>von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen</u>	zu Punkt 7 der TO I	Klimaschutz bei Bauvorhaben
<u>von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen</u>	zu Punkt 8 der TO I	E-Partizipation ermöglichen
<u>der FW/BLW</u>	zu Punkt 10 der TO I	Zügiger Ausbau Park & Ride-Anlagen
<u>der CDU</u>	zu Punkt 11 der TO I	Grundwerte des Zusammenlebens
<u>von SPD, Bündnis90/Die Grünen</u>	zu Punkt 11 der TO I	Grundwerte des Zusammenlebens

2. Protokollerklärungen

der Fraktion Linke&Piraten zu

Punkt	11	der TO II	Projektmanagement VHS
Punkt	26	der TO II	Hafenschule
Punkt	27	der TO II	Fritz-Gansberg-Schule

der Fraktion LKR/ULW zu

Punkt	8	der TO II	Wiesbadener Umweltpreis
Punkt	14	der TO II	Stationäre Blitzer
Punkt	17	der TO II	Ausbau Videoüberwachung
Punkt	18	der TO II	Ausstattung Ordnungsamt
Punkt	19	der TO II	Umzug Stadtpolizei
Punkt	26	der TO II	Hafenschule

der Fraktion FW/BLW zu

Punkt	10	der TO II	Planungsmittel Kunstsommer
Punkt	13	der TO II	Zuschuss Förderangebote Flüchtlinge
Punkt	21	der TO II	City-Passage
Punkt	25	der TO II	Kapitaleinlage TriWiCon

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

3. Abstimmungsverhalten zu Tagesordnung II

Das Abstimmungsverhalten von FDP, L&P, LKR/ULW und FW/BLW wird datentechnisch übernommen.

Einstimmig

0207 **Genehmigung der Niederschrift vom 30.03.2017**

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.03.2017 wird genehmigt.

Einstimmig

0208 **Mitteilungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird das Wort nicht gewünscht.

0209 **16-F-99-0001**

Fragestunde

1. Die Fragen Nr. 55 bis 60 haben durch die in der heutigen Sitzung geführten Aussprache einschließlich der gestellten Zusatzfragen ihre Erledigung gefunden.

2. Zu Frage Nr. 60 findet eine Aktuelle Stunde statt.

3. Die Fragen Nr. 61 und 62 kommen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.06.2017 zum Aufruf.

0210 **17-F-21-0048**

Kinderbetreuung

- gem. Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 10.05.2017 -

Stv. Manjura begründet den Antrag und teilt mit, dass der letzte Satz des FDP-Antrages als Prüfauftrag in den gem. Antrag übernommen wird.

Stv. von Seemen beantragt die getrennte Abstimmung des Antrages.

Stv. Diers stellt einen mündlichen Ergänzungsantrag zur Erstellung eines Konzeptes, der ebenfalls von den Antrag stellenden Fraktionen übernommen wird.

Stv. Bohrer beantragt die getrennte Abstimmung der Punkte 7 und 8.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18. Mai 2017

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Zunächst wird der nicht übernommene Teil des Änderungsantrages der FDP abgestimmt und gegen die Stimmen von FDP, LKR/ULW und Stv. Brüder bei Enthaltung der AfD abgelehnt.

Ziffer 7 und 8 des ergänzten Antrages werden gegen die Stimmen von L&P bei Enthaltung der AfD angenommen.

Der geänderte Antrag wird in der neuen Form wie folgt abgestimmt:

bei Enth. AfD + L&P angenommen

0211 17-F-21-0049

Bündelung der städtischen Reinigungsverpflichtungen bei den Entsorgungsbetrieben der Landeshauptstadt Wiesbaden - ELW
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 10.05.2017 -

Stv. Röck-Knüttel begründet den Antrag.

Stv. Maritzen erklärt, dass seine Fraktion den Antrag mitträgt, den Änderungsantrag der FDP aber ablehnt.

Stv. Schwalbach begründet den Änderungsantrag der FDP, der gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von LKR/ULW abgelehnt wird.

Der gem. Antrag wird wie folgt abgestimmt:

bei Enth. FDP, L&P, LKR/ULW angenommen

0212 17-F-08-0032

Bündelung der städtischen Reinigungspflichten bei den Entsorgungsbetrieben der Landeshauptstadt Wiesbaden - ELW
- Antrag der Fraktion L&P vom 17.05.2017 -

Stv. Beyes begründet den Antrag und beantragt alternativ die Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit.

Die Ausschussüberweisung wird gegen die Stimmen von L&P und BLW abgelehnt.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen L&P bei Enth. LKR/ULW abgelehnt

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0213 17-F-10-0009

Revisionsamtsleitung - Klärung der langen Vakanz und Neubesetzung der Stelle
- Antrag der AfD-Fraktion vom 09.05.2017 -

Stv. Müller begründet den Antrag.

Stv. Sobek beantragt die Überweisung des Antrages an den Revisionsausschuss. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen von L&P und AfD abgelehnt.

Stv. Spallek beantragt die Erledigung des Antrages durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache.

Dieser Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen AfD und LKR/ULW angenommen

In der Zeit von 19.00 Uhr bis 20.00 Uhr findet eine Pause statt.

0214 17-F-21-0050

Klimaschutz bei Bauvorhaben
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 16.05.2017 -

Stv. Küpper begründet den Antrag.

Stv. Schwalbach begründet den Änderungsantrag der FDP.

Stv. Hagenmüller beantragt die Erledigung des Änderungsantrages der FDP durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen von AfD, FDP und FW/BLW bei Enthaltung Stv. Bohrer und Sobek angenommen.

Der gem. Antrag wird wie folgt abgestimmt:

bei Enth. AfD + FDP angenommen

0215 17-F-05-0010

Den Wissensschatz der Bürgerinnen und Bürger heben - E-Partizipation ermöglichen
- Antrag der FDP-Fraktion 22.03.2017 -

Der gem. Änderungsantrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen wird gegen die Stimmen der FDP angenommen.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Der FDP-Antrag in geänderter Form wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

0216 **17-F-08-0031**

Sozialkarte für Wiesbaden
- Antrag der Fraktion L&P vom 10.05.2017 -

Stv. von Seemen begründet den Antrag.

Stv. Braun beantragt, den Antrag als eingebracht zu betrachten und die Beratung bis zu den Haushaltsberatungen zu verschieben.

Stv. Belz beantragt, den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung im Rahmen der Haushaltsberatungen zu überweisen.

Dieser Antrag auf Überweisung wird wie folgt abgestimmt:

gegen L&P bei Enth. FDP angenommen

0217 **17-F-11-0001**

Zügiger Ausbau von Park & Ride-Anlagen / Angebote anstelle Verbote
- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Bürgerliste Wiesbaden vom 10.05.2017 -

Stv. Bachmann begründet den Antrag und teilt mit, dass im Antragstext der Begriff „PKW-Dieselfahrverbot“ in „allgemeines Dieselfahrverbot“ geändert wird.

Stv. Große beantragt die Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr.

Dieser Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

0218 **17-F-02-0015**

Grundwerte des Zusammenlebens in Wiesbaden
- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.05.2017 -

Stv. Dr. Wittkowski begründet den Antrag (Neufassung wird verteilt).

Stv. Rutten und Stv. Bohrer beantragen die getrennte Abstimmung der Punkte.

Der CDU-Antrag wird wie folgt abgestimmt:

getrennte Abstimmung:

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

1. bei Enth. L&P angenommen
- 2a gegen FDP bei Enth. L&P angenommen
- 2b gegen FDP angenommen
- 2c gegen CDU + AfD abgelehnt
- 3 gegen CDU + AfD abgelehnt

0219 **17-F-20-0004**

Zusammenleben in Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
18.05.2017 -

Stv. Rottloff begründet den Antrag und beantragt die getrennte Abstimmung.

Der gem. Antrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen wird wie folgt abgestimmt:

absatzweise Abstimmung:

1. Absatz bei Enth. L&P angenommen
2. Absatz gegen FDP bei Enth. L&P angenommen
3. Absatz gegen FDP angenommen

Tagesordnung II

0156 **17-F-21-0025**

Ausbau der Extremismus-Prävention in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017 -

Einstimmig

0157 **17-F-21-0026**

Zuschuss - Willkommensbesuche /Projektmittel
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017 -

Einstimmig

0158 **17-F-21-0027**

Zuschuss - pro familia Beratungsstelle
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017 -

0159 **17-F-21-0028**

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
		Nachpflanzung von Stadtbäumen - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 - Einstimmig
0160	17-F-21-0030	Förderung von Streuobst-, Artenschutz und Biotoppflegemaßnahmen - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 - Einstimmig
0161	17-F-21-0031	Zuschuss - Spielplätze ertüchtigen - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 - Einstimmig
0162	17-F-21-0032	Biotop- und Landschaftspflege unbebauter Grundstücke - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 - Einstimmig
0163	17-F-21-0033	Wiesbadener Umweltpreis 2017 - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 26.04.2017 -
<u>Protokollerklärung LKR/ULW:</u> Umweltschutz ist eine Selbstverständlichkeit und muss nicht prämiert werden. gegen LKR/ULW		
0164	17-F-21-0035	Bereitstellung von Finanzmitteln für die Kulturarbeit mit Geflüchteten - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017 - Einstimmig
0165	17-F-21-0036	

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Bereitstellung von Planungsmitteln für den Kunstsommer
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen vom
25.04.2017 -

Protokollerklärung FW/BLW:

Ohne Details über die geplante Modifizierung und des Programms des Kunstsommers 2018 können wir dieser Finanzierung nicht zustimmen.

gegen FW/BLW + LKR/ULW

0166 **17-F-21-0037**

Finanzierung Projektmanagement VHS Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen vom
25.04.2017 -

Protokollerklärung L&P:

Die VHS Wiesbaden leistet eine wichtige Arbeit im Bildungs- und Kulturbereich, die hoch zu bewerten ist. Das gilt ganz besonders für die professionellen, meist sehr kompetenten DozentInnen. Es ist aber nicht zu unterstützen, dass KursleiterInnen, die ausschließlich für die VHS arbeiten und von dieser wirtschaftlich abhängig sind, Jahre und teilweise jahrzehntelang mit Honorarverträgen abgespeist wurden und werden. Dies führt gradlinig in die Altersarmut und verhindert die demokratische Partizipation der so Beschäftigten. Solange diese Zustände anhalten, ist eine Bezuschussung der VHS problematisch.

Enth. L&P

0167 **17-F-21-0038**

Einmaliger Zuschuss für das Handlungsprogramm zum Abbau herkunftsbedingter
Bildungsbenachteiligung
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 26.04.2017 -

Einstimmig

0168 **17-F-21-0039**

Einmaliger Zuschuss für Förderangebote für Flüchtlinge
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 26.04.2017 -

Protokollerklärung FW/BLW:

Diese Investition stellt für die Fraktion einen wichtigen Beitrag da um Integrationsprozesse zu unterstützen. Bundes- und Landesmittel sollten jedoch zukünftig diese Aufgaben abdecken. Der Haushalt der Kommune darf auf Dauer nicht für die verfehlte Integrationspolitik der Bundes- und Landesregierung abgeschöpft werden.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Enth. Stv. Sobek

0169 17-F-21-0041

Stationäre Blitzer
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 24.04.2017 -

Protokollerklärung LKR/ULW:

Investitionen in eine funktionierende Infrastruktur sind wichtiger als Blitzer.

gegen FDP + LKR/ULW, Enth. Stv. Bohrer, Forßbohm, von Seemen+ Sobek

0170 17-F-21-0042

Busspuren
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 24.04.2017 -

Einstimmig

0171 17-F-21-0043

Radwegemarkierungen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 24.4.2017 -

Einstimmig

0172 17-F-21-0044

Ausbau/Ertüchtigung der Videoüberwachung
-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017-

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion stimmt mit Enthaltung.

Leider konnten unsere detaillierten Nachfragen an Fachsprecher bzw. antragstellende Fraktionen bezüglich der Zusammensetzung der geplanten Ausgaben (800, 700, 300T€) nicht beantwortet werden.

Gerade bei der Video-Überwachung müssen an einem akzeptablen Verhältnis von finanziellen Einsatz und Wirkung zweifeln.

gegen L&P, Enth. LKR/ULW

0173 17-F-21-0045

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Verbesserung Sachausstattung Ordnungsamt
-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
25.04.2017-

gegen L&P, Enth. LKR/ULW

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion stimmt mit Enthaltung.

Leider konnten unsere detaillierten Nachfragen an Fachsprecher bzw. antragstellende Fraktionen bezüglich der Zusammensetzung der geplanten Ausgaben (800, 700, 300T€) nicht beantwortet werden.

Gerade bei der Video-Überwachung müssen an einem akzeptablen Verhältnis von finanziellen Einsatz und Wirkung zweifeln.

0174 17-F-21-0046

Umzug der Stadtpolizei

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
25.04.2017-

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion stimmt mit Enthaltung.

Leider konnten unsere detaillierten Nachfragen an Fachsprecher bzw. antragstellende Fraktionen bezüglich der Zusammensetzung der geplanten Ausgaben (800, 700, 300T€) nicht beantwortet werden.

Gerade bei der Video-Überwachung müssen an einem akzeptablen Verhältnis von finanziellen Einsatz und Wirkung zweifeln.

gegen L&P, Enth. LKR/ULW

0175 17-V-01-0004

Neufassung des Gesellschaftsvertrages der WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG

Einstimmig

0176 17-V-01-0011

City-Passage - Weitere Schritte zur Revitalisierung des Quartiers /
Ausschreibungsverfahren

Protokollerklärung FW/BLW:

Die Fraktion hält es nach wie vor für möglich und ratsam, die Immobile selbst zu führen oder zu betreiben und lehnt einen Verkauf entschieden ab. Ein so wichtiger Standort darf nicht wieder Verhandlungsmasse von Spekulationsinteressen werden.

gegen FW/BLW

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0177 17-V-01-0014

Bericht zum Projekt Walkmühle

Einstimmig

0178 17-V-20-0007

Änderung der Satzung der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

Einstimmig

0179 17-V-20-0010

Evaluierungsbericht über das Projekt eAkte

Einstimmig

0180 17-V-20-0012

Kapitaleinlage in die TriWiCon

Protokollerklärung FW/BLW:

Zustimmung unter der Voraussetzung, dass alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden, den entstandenen Schaden (Strafzinsen) gegen den/die Verursacher geltend zu machen.

Einstimmig

0181 17-V-40-0003

Hafenschule - Erweiterung um zwei Klassenraumcontainer und Austausch von zwei vorhandenen Containern.

Protokollerklärung L&P:

Die Fraktion LINKE&PIRATEN lehnt die Errichtung von Containern ab und fordert reguläre Schulbauten, die langfristig auch kostengünstiger sind.

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Hafenschule „platzt“ seit Jahren aus allen Nähten. Seit 15 Jahren wird eine Zusammenlegung mit der Erich-Kästner-Schule verbunden mit einem Neubau auf dem dortigen Gelände diskutiert. Der Ortsbeirat hatte sich dafür ausgesprochen, die „Stadt“ lehnte das Projekt (mit einer neu gebauten Turnhalle) ab, weil „kein Geld dafür da ist“.

Alternativ wurden als „Zwischenlösung“ Container angeschafft, deren Nutzungsdauer nun nach vielen Jahren Nutzung abläuft. In der Zwischenzeit ist die Schule weiter gewachsen, weshalb zum Ersatz der alten zwei Container zusätzlich zwei neue angeschafft werden. Sinnvolle Alternativen wurden nicht

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

ausreichend geprüft. Über Jahre wurde das Problem verschleppt und soll nun mit Containern weitere Jahre verschleppt werden.

Wir finden es beschämend, daß Wiesbadener Schüler in Container-Zwischen-Lösungen unterrichtet werden müssen, die dann zu Endlösungen werden.

Wir fordern den Magistrat auf, das Neubau-Projekt einer erneuten Prüfung zu unterziehen.

gegen L&P + LKR/ULW

0182 17-V-40-0013

Fritz-Gansberg-Schule - Wiederaufnahme der Planungen Neubau

Protokollerklärung L&P:

Die Fraktion LINKE&PIRATEN hält eine Planung für eine durchgängige Vierzügigkeit für erforderlich und stimmt deshalb zu Punkt 2 mit Enthaltung.

Enth. L&P zu Ziffer 2

0183 17-V-50-0001

Städtisches Programm für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung - Teil III dauerhafte Maßnahmen; Fortführung

Einstimmig

0184 17-V-52-0001

Sporthalle Wettinerstraße - konzeptionelle Überlegungen eines Neubaus

Einstimmig

0185 17-V-66-0207

Änderung des Gesellschaftervertrages ivm (integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main)

Einstimmig

0186 17-V-66-0208

Umgestaltung der Rheinuferfläche ehemals Kies-Menz-Gelände, 1. BA (Am Kransand)

gegen LKR/ULW

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0187	17-V-66-0302	Abschluss des Ausbaus Söhnleinstraße K 648 Einstimmig
------	--------------	--

0188	17-V-66-0305	Instandsetzungsarbeiten an der Theodor-Heuss-Brücke in den Sommerferien 2017 Enth. L&P
------	--------------	---

Tagesordnung III

0189	17-V-01-0005	Berufung eines Mitgliedes in den Gestaltungsbeirat Wiesbaden Enth. AfD
------	--------------	---

0190	17-V-01-4005	Ehrung von Bürgermeister Goßmann anlässlich seines Ausscheidens
------	--------------	---

Bürgermeister Goßmann verlässt bei der Abstimmung dieses Punktes den Sitzungssaal.
Einstimmig

0191	17-V-01-4007	Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden im Wasserverband Hessisches Ried Einstimmig
------	--------------	--

0192	17-V-30-0001	Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VI (Wiesbaden-Schierstein) Einstimmig
------	--------------	---

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Tagesordnung IV

- 0193** **17-V-20-0008**
- Bürgschaften Nr. 622 a bis c - Übernahme von drei modifizierten Ausfallbürgschaften zugunsten der GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH
- Einstimmig
- 0194** **17-V-20-0009**
- Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2016
- Einstimmig
- 0195** **17-V-20-0013**
- Bürgschaften Nr. 623 a und b - Übernahme von zwei modifizierten Ausfallbürgschaften zugunsten der WVV Wiesbaden Holding GmbH
- Einstimmig
- 0196** **17-V-21-0003**
- Zusammenlegung der beiden Standorte des Kassen- und Steueramtes am Standort Hasengartenstraße 25
- Einstimmig
- 0197** **17-V-36-0002**
- Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 26.01.2017
- Einstimmig
- 0198** **17-V-80-2315**
- Verzeichnis der vom 1. Oktober 2016 bis 31. Dezember 2016 genehmigten Grundstücksgeschäfte
- Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0199	17-V-80-2317	
	Verkauf eines Einfamilienhauses	
	gegen L&P	

Anlagen

Wiesbaden, .06.2017

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Die Schriftführerin

Gabriel

Koba